

Fahrradstraßen sollen mehr Sicherheit bringen

Hauptausschuss debattiert über Glückstädter Verkehrssituation

Herbert Frauen

Wie kann man den Verkehr in Glückstadt sicherer machen? Und wie können Radfahrer, Fußgänger und Autofahrer störungsfrei den Verkehrsraum nutzen? Mit diesen Fragen beschäftigte sich der Hauptausschuss in seiner jüngsten Sitzung. Die BFG-Fraktion hatte dazu den Antrag gestellt, mehrere Straßen der Stadt in Fahrradstraßen umzuwandeln.

Der Straßenzug Carl-Leigien-Straße und Königsberger Straße sei dazu besonders geeignet, da dort eine hohe Anzahl von Radfahrern wegen des Schülerverkehrs betroffen sei. **Sönke Kahl** (BFG, Foto) begründete: „Das bringt Sicherheit für die Schüler, denn in einer Fahrradstraße haben die Radfahrer Vorfahrt und können auch nebeneinander fahren. Autofahrer müssen dann



BFG

mehr Rücksicht nehmen.“ Stefan Goronczy (FDP) stimmte zu, gab aber zu bedenken: „Um die Belange der Anwohner in Nord zu hören, sollte vorher der Stadtteilbeirat einbezogen werden.“ Michael Seifert (SPD) schränkte ein, dass in einer Fahrradstraße die Parkplätze auf der Straße wegfallen müssten. Siegfried Hansen (BFG) bekräftigte den Antrag: „Diese Maßnahme ist Teil des Radfahrkonzeptes, das wir in der Stadtvertretung 2018 einstimmig beschlossen haben. Jetzt müssen wir das auch umsetzen.“

Mit zwei weiteren Anträgen der BFG möchte die Fraktion auch den Straßenzug Dänenkamp und Lübsches Recht wegen des Schülerverkehrs und die Königsstraße wegen der touristischen Verbindung vom Markt zum Hafen zur Fahrradstraße umwidmen.

Um seitens der Verwaltung die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Umsetzbarkeit zu prüfen, wurde ein Beschluss in der



Die Königsberger Straße hat genügend Platz für Autos und Radfahrer.

Foto: Herbert Frauen

Sache vom Hauptausschuss zunächst vertagt, als Merkhilfe wurde aber einstimmig ein Ansatz von 30000 Euro für den Haushalt 2024 beschlossen mit einem Sperrvermerk zur Freigabe durch den Bauausschuss und den Hauptausschuss.

Ärger wegen Sitzungsunterbrechung

Zum Ärgernis führte am Rande der Sitzung eine lange Unterbrechung für die anwesenden Zuhörer: Wegen der Behandlung von drei Tagesordnungspunkten zu Personalangelegenheiten und Verträgen in einem nicht öffentlichen Teil wurden sie kurz nach Sitzungs-

beginn ausgeschlossen und mussten 50 Minuten vor dem Ratssaal warten.

Gerade für die anwesenden Vertreter des Jugendforums und des Seniorenbeirates führte das zu Unmut. Alfred Fischer vom Seniorenbeirat: „Sowas führt zum Frust bei der Öffentlichkeitsbeteiligung. Entweder legt man solche Punkte ans Ende einer Sitzung oder man schaltet eine nicht öffentliche Sitzung vor den Beginn des öffentlichen Teils.“ Die beiden Jugendvertreterinnen verließen die Sitzung nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit dann auch aus Zeitgründen, nachdem sie ihre Sachen aus dem Ratssaal geholt hatten.